



Marktgemeinde ALLAND, Bez. Baden, N.Ö.
2534 Alland, Hauptstraße 176
 02258/2245 Fax: 02258/2424 Mail: gemeindeamt@alland.gv.at

Protokoll-Nr.
1/2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche SITZUNG des GEMEINDERATES

am Dienstag, dem 23. März 2021 im Gemeindesaal des Gemeindeamtes Alland.

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:55 Uhr

Die Einladung zur öffentlichen Sitzung erfolgte am 15. März 2021 per E-Mail und Kurrende.

ANWESEND WAREN:

BGM Dipl.-Ing. Ludwig Köck (ÖVP)
VBGM Ing. Gregor Burger (ÖVP)
GR Rainer Andermann (SPÖUBA)
GfGR Mag. (FH) Ing. Christian Bonfert (ÖVP)
GR Dipl.-Ing. Erwin Thomas Dollensky (ALL)
GR Erika Grasel (ÖVP)
GR Anton Hirschhofer (ÖVP)
GfGR Hannes Hofstätter (SPÖUBA)
GR Karl Kolbe (SPÖUBA)
GR Thomas Kropik (ÖVP)
GR Stefan Loidl (ÖVP)
GR Mag. Andrea Maria Mayer (ÖVP)
GR Bernhard Nagl (SPÖUBA)
GR Leopold Ottersböck (ÖVP)
GfGR Martin Rapold (ÖVP)
GR Ing. Leopold Schagl (ÖVP)
GR Mag. Klaus Sonnleitner (SPÖUBA)
GR Ing. Karl Weintögl (SPÖUBA)

ANWESEND WAREN AUSSERDEM:

Raumplaner Dipl.-Ing. Thomas Hackl (19:30 Uhr bis 19:55 Uhr) und
Amtsleiter Dipl.-Ing. Andreas Fischer (Schriftführer des Protokolls)

ENTSCULDIGT WAREN:

GfGR M.A. M.Sc. Armin Franz Grasel (ÖVP)
GR Maria Jakob (ÖVP)
GR Elisabeth Dollensky (ALL)

Bürgermeister Dipl.-Ing. Ludwig Köck begrüßt die Gemeinderäte sowie Gäste zur ersten Gemeinderatssitzung im Jahr und verweist auf die geltenden Sicherheitsvorschriften und getroffenen Maßnahmen (Covid-19; vorangegangenes Teststraßen-Angebot in der Gemeinde). Die Tagesordnung wurde an alle Gemeinderatsmitglieder zeitgerecht verschickt. Der Vorsitzende entschuldigt krankheitsbedingt bzw. aus terminlichen Gründen die drei Gemeinderäte GfGR M.A. M.Sc. Armin Franz Grasel (ÖVP), GR Maria Jakob (ÖVP) und GR Elisabeth Dollensky (ALL) und stellt mit 18 anwesenden GR-Mitgliedern die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest.

Weiters begrüßt er den für Widmungs- und Raumordnungsfragen zuständigen Fachreferenten Dipl.-Ing Thomas Hackl aus 2551 Enzesfeld und ersucht sogleich die in der Einladung ausgewiesenen Tagesordnungspunkte (TOP) 2 und 3 sowie auch 5 und 6 in der Reihenfolge umkehren zu dürfen. Des Weiteren habe es auch grünes Licht für den bereits angekündigten Ringschluss im Bereich Groisbacher Strasse und Buchberggasse gegeben. Der Bürgermeister stellt daher auch den Antrag dieses Vorhaben als neuen Tagesordnungspunkt (TOP) 7 „WVA Alland, Ringschluss Groisbacher Straße – Buchberggasse und Wasserleitungstausch Groisbacher Straße ON 37 - 378: a) Honoraranbot über die Planerleistungen und Bauaufsicht *und* b) Ergebnis/Prüfbericht der Ausschreibung, WVA BA 06“ einreihen zu dürfen, alle anderen Punkte (TOP) sollen im Anschluss daran unverändert nachgereiht werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Umreihung der Tagesordnungspunkte 2, 3, 5 und 6 aus. Auch die Aufnahme des neuen TOP 7 und anschließende Reihung wird einstimmig befürwortet.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung lautet wie folgt:

TAGESORDNUNG

- 1 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzungen**
- 2 18. Änderung des Raumordnungsprogramms**
- 3 2. Änderung des Bebauungsplans**
- 4 Bericht des Prüfungsausschusses**
- 5 Eröffnungsbilanz 2020, VRV 2015**
- 6 Rechnungsabschluss 2020**
- 7 WVA Alland, Ringschluss Groisbacher Straße – Buchberggasse und Wasserleitungstausch Groisbacher Straße ON 37 - 378:
a) Honoraranbot über die Planerleistungen und Bauaufsicht
b) Ergebnis/Prüfbericht der Ausschreibung, WVA BA 06**
- 8 Angebot Grundwassersanierung 2021, Hauptstraße 176**
- 9 Ankauf Salzsilo (Winterdienst) gemeinsam mit der Gemeinde Heiligenkreuz**

- 10 **Antrag auf die Veranlassung der grundbücherlichen Durchführung nach den Sonderbestimmungen gemäß §§ 15 ff des Liegenschaftsteilungsgesetzes (LiegTeilG), GSt. 412/2, 532; KG Alland, Teilungsplan GZ. 8727/16, Dipl.-Ing. Helmut Frosch**
- 11 **Antrag auf Beurkundung gemäß § 13 LiegTeilG, Änderung der Grundstücksgrenzen, GSt. 407/6, 527; KG Alland, Teilungsplan GZ. 41815, Vermessung Schubert ZT GmbH**
- 12 **Ankauf einer Transporter-Pritsche**
- 13 **Mietvertragsverlängerung, Gruberweg 165/3**
- 14 **Insolvenz ALLBA Bauunternehmung GmbH, Hauptstraße 115/Top 1, und mögliche Neuvermietung**
- 15 **Weitere Stundung von Mietzahlungen, FF Maria Raisenmarkt**
- 16 **Annahme „Gemeinde.Umwelt.Bericht 2020“**
- 17 **Bericht des Bürgermeisters**

Tagesordnungspunkt 1, Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung

Bürgermeister Köck verweist auf die Entwürfe des öffentlichen und nicht öffentlichen Gemeinderatsprotokolls vom 15. Dezember 2020. Bis zum Sitzungsbeginn sind keine schriftlichen Stellungnahmen hierzu eingelangt. Der Bürgermeister ersucht um die Genehmigung und Unterfertigung der gegenständlichen Protokolle.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Genehmigung der beiden Protokolle aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Das Protokoll wird im Anschluss von allen namhaft gemachten Parteimitgliedern und Zeichnungsberechtigten unterfertigt.

Tagesordnungspunkt 2, 18. Änderung des Raumordnungsprogramms

Die vorgesehenen Änderungen des örtlichen Raumordnungsprogramms unter der Planzahl PZ: 7541-03/19 wurden im Vorfeld vom Bauausschuss (10. Februar 2021) und auch Gemeindevorstand (9. März 2021) diskutiert. Der erstellte Entwurf vom Ingenieurbüro Hackl, 2551 Enzesfeld, wurde gemäß § 24 und § 25 des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 in der Zeit vom 30. November 2020 bis 11. Jänner 2021 im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Es sind dazu keine Stellungnahmen (auch nicht von den umliegenden Gemeinden) eingelangt. Bürgermeister Köck merkt an, dass bei Punkt 4 die Katastralgemeinde Alland ausgewiesen worden sei, laut Verwaltung und Auszug aus dem Grundbuch befinden sich die betreffenden Grundstücke jedoch in der KG Weißenweg (04037). Dies wurde bereits korrigiert.

Dipl.-Ing. Hackl stellt im Anschluss daran die geplanten Punkte der 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes mit der PZ: 7541-08/19 im Zuge einer PP-Präsentation im Detail vor. Die im Zuge der öffentlich aufgelegenen Unterlagen sollen nun mit geringfügigen Abänderungen im Gemeinderat beschlossen werden. Die Grundlage für den Beschluss des Gemeinderates bilden neben den öffentlich aufgelegten Unterlagen die im Beschlussplan beigelegten Plandarstellung sowie die ergänzenden Erläuterungen des Berichts. Die Änderungspunkte A, 1, 2, 4, 5 und 8 sollen entsprechend dem Entwurf zur öffentlichen Auflage beschlossen werden. Änderungspunkt 6 sei nicht mehr Gegenstand der Beschlussfassung, der Änderungspunkt 7 entfällt.

Gemeinderat DI Erwin Dollensky hinterfragt den Flächenverlauf von Punkt 8 (BA Erweiterung Maria Raisenmarkt) bzw. warum die Möglichkeit (auch seitens des Grundeigentümers) nicht sofort genutzt werde, diese offene Baulandlücke zu schließen. DI Hackl entgegnet, dass es klare Siedlungsgrenzen gebe und die formulierten Ziele aus dem Entwicklungskonzept auch schrittweise umgesetzt werden können. Bauland könne auch zu einem späteren Zeitpunkt noch geschaffen werden. Derzeit gebe es ausreichende Reserven in der Gemeinde. Bürgermeister Köck verweist auch auf die jeweiligen Interessen und Eigentumsrechte. Nachdem der betroffene Gemeinderat Loidl mehrmals bekundete, derzeit keine weitere BA-Widmungen in der noch offenen Lücke beantragen zu wollen, sei man dieser Willenserklärung auch gefolgt.

Im Vergleich zum Entwurf der öffentlichen Auflage haben sich somit folgende Änderungen ergeben:

Pkt. 3 Umwidmung von Grünland-Grüngürtel-Uferbegleitgrün in Bauland-Wohngebiet im Bereich des Grst. 117/10, KG Alland

Im Vergleich zum Entwurf der öffentlichen Auflage wird ergänzend eine zusätzliche Verkehrsfläche im Bereich des ehemaligen Lagerplatzes am Schwechat Fluss festgelegt. Im Bauausschuss wurde festgehalten, dass eine Zufahrt zum Schwechatufer, für beispielsweise die Wartung der Hochwasserschutzmauer, gewährleistet werden sollte. Es wird daher ergänzend eine Verkehrsfläche-öffentlich-Fußweg (Vö-1) mit einer Breite von 4 m gewidmet. Die Breite von 4 m ermöglicht eine funktionsgerechte Zufahrt, auch für Einsatzfahrzeuge.

Pkt. 6 Umwidmung von „Grünland-Land- und Forstwirtschaft“ in „Bauland-Agrargebiet“ im Bereich der Grst. 33/5 und 33/2, KG Groisbach

Die Planänderung sind nicht beschlussfähig, da aufgrund des mittlerweile geänderten NÖ Raumordnungsgesetzes die Nutzung des Baulandguthabens nicht möglich ist, welches sich seit der Erlassung des Regionalen Raumordnungsprogrammes Südl. Wiener Umland durch diverse Rück- und Neuwidmungen innerhalb von flächigen Siedlungsgrenzen errechnet hat.

GfGR Hannes Hofstätter gibt zu bedenken, dass die öffentliche Zufahrt zum Grundstück 245/1 im Falle der Beschlussfassung von **Punkt 4 „Umwidmung von Verkehrsfläche-öffentlich (Vö) in Bauland-Wohngebiet (BW)“** damit verloren ginge. Für Einsatzfahrzeuge etc. könnte das einmal problematisch werden. Bürgermeister Köck versichert, dass diese Liegenschaft sowie das Grundstück 246 und 283/19, alle KG Weissenweg, im Besitz der Österreichischen Bundesforste (ÖBf) seien und man sich im Vorfeld schon auf eine vertragliche Regelung betreffend Sicherstellung dieser Zufahrt einigte.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die vorgestellten Punkte zu beschließen.

Beschluss: Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes mit der PZ: 7541-08/19 aus. Der Änderungspunkt 3 wird mit den

angeführten und im Bericht dargestellten Abänderungen beschlossen. Die Planänderung Pkt. 6 wird nicht beschlossen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 3, 2. Änderung des Bebauungsplans

Der Entwurf vom Ingenieurbüro Hackl, 2551 Enzesfeld, mit der Planzahl PZ 7542-08/19 lag gemäß des N.Ö. Raumordnungsgesetzes 2014 durch sechs Wochen (30. November 2020 bis 11. Jänner 2021) im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsicht auf. Es ist hierzu eine schriftliche Stellungnahme der nordinvest zwei GmbH, 2345 Brunn am Gebirge, eingelangt. Diese wurde gemeinsam mit den anderen Unterlagen im Vorfeld in einer Bauausschuss-Sitzung am 10. Februar 2021 (vgl. TOP 8) gemeinsam vorbesprochen. Diesbezüglich schlug man im Bauausschuss vor, dem Antragsteller in einem vertretbaren Ausmaß entgegenzukommen.

Der Raumplaner verweist zudem auf die geplanten Punkte der 2. Änderung des Bebauungsplanes (Planzahl PZ: 7542-08/19). Der Gemeinderat der Marktgemeinde Alland plant, die im Zuge der öffentlich aufgelegenen Unterlagen mit geringfügigen Abänderungen zu beschließen. Die Grundlage für den Beschluss des Gemeinderates bilden neben den öffentlich aufgelegenen Unterlagen die im Beschlussplan beigelegten Plandarstellung sowie die ergänzenden Erläuterungen des Berichts.

Im Vergleich zum Entwurf der öffentlichen Auflage haben sich folgende Änderungen ergeben:

Pkt. 1 Kenntlichmachung der 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes

In der 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes wird ergänzend eine zusätzliche Verkehrsfläche im Bereich des ehemaligen Lagerplatzes am Schwechat Fluss (Grst. 117/30, KG Alland) festgelegt. Im Bauausschuss wurde festgehalten, dass eine Zufahrt zum Schwechatufer für beispielsweise die Wartung der Hochwasserschutzmauer, gewährleistet werden sollte. Es wird daher in der 18. Änderung des örtlichen Raumordnungsprogrammes ergänzend eine Verkehrsfläche-öffentlich-Fußweg (Vö-1) gewidmet, welche in den Bebauungsplan übernommen (kenntlichgemacht) und mit einer Breite von 4 m festgelegt wird. Zudem wird die Baufluchtlinie in einem Abstand von 3 m zur neuen Straßenfluchtlinie verlängert. Die Breite von 4 m ermöglicht eine funktionsgerechte Zufahrt, auch für Einsatzfahrzeuge.

Bezüglich Pkt. 1 der Änderung des Bebauungsplanes wird ergänzend festgehalten, dass **Pkt. 6** der 18. Änderung des Flächenwidmungsplanes in der Unterlage nicht kenntlich gemacht wurde, da dieser Umwidmungspunkt nicht zur Beschlussfassung kam, siehe TOP 2.

Pkt. 5 Änderung der Bebauungsvorschriften von [60/g /I,II] auf [45/o,k/7] im Bereich des Grst. 70, KG Alland (Herrengasse/Frauengasse)

Im Vergleich zum Entwurf der öffentlichen Auflage wird im Zuge der Festlegungen zum Änderungspunkt 5 eine Bebauungsdichte von 45% (anstelle von 30%, lt. öffentlicher Auflage) angeregt. Im Bauausschuss wurden die Interessen der Verdichtung in Zentrumsnähe sowie die Zielsetzungen des Klimaschutzes entsprechend dem neuen NÖ ROG und des Ortsbildes umfassend abgewogen, wobei auch unter Berücksichtigung der bestehenden Dichtestruktur im westlich angrenzenden Bereich (ca. 40-45% Bebauungsdichte) eine Anpassung der zulässigen

Bebauungsdichte im gegenständlichen Planungsgebiet vorgenommen werden soll. Hiermit wird auch die im Bericht angefügte Stellungnahme der Firma nordinvest zwei GmbH teilweise berücksichtigt.

Der Bürgermeister stellt den Antrag auch diese Punkte zu beschließen und bedankt sich bei DI Hackl als auch beim Bauausschuss für die getätigten Vorarbeiten.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die vorgestellten Punkte zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig dafür aus, die Änderungspunkte 2, 3, 4 und 6 entsprechend dem Entwurf der öffentlichen Auflage zu beschließen. Die Änderungen 1 und 5 werden mit den voran, dargelegten Abänderungen ebenfalls einstimmig beschlossen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Dipl.-Ing. Thomas Hackl verlässt die Sitzung um 19:55 Uhr.

**Tagesordnungspunkt 4,
Bericht des Prüfungsausschusses**

Bürgermeister Köck informiert, dass am 17. März 2021 eine Prüfungsausschuss-Sitzung stattgefunden hat. Er erteilt daraufhin dem Vorsitzenden Mag. Klaus Sonnleitner das Wort. Gegenstand der Prüfung war neben der laufenden Belegprüfung der neue Rechnungsabschluss 2020. Diesbezüglich verweist er auf ein mehr als 400 Seiten starkes Zahlenwerk (so dick wie ein „Telefonbuch“), welches die Kameralistik und die doppelte Buchhaltung in sich vereint habe. Für einen Außenstehenden sei dieses Zahlenkonstrukt mit mehreren Haushalten nur mehr schwer durchschaubar. Eine Ausgliederung des Rechnungswesens erachtet er für nicht leistbar.

Der Bürgermeister bedankt sich für den Bericht und stellt daraufhin den Antrag das Protokoll des Prüfungsausschusses (**siehe Anlage A**) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das Protokoll des Prüfungsausschusses einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 5,
Eröffnungsbilanz 2020, VRV 2015**

Bürgermeister Köck erteilt daraufhin GfGR Mag. (FH) Christian Bonfert das Wort. Er zeigt anhand seiner PP-Präsentation die wichtigsten Bilanzpositionen auf (**siehe Anhang B**). Nach einer umfassenden Inventur wurden mit Anfangsstand 01.01.2020 knapp 24,8 Mio. € an Gesamtvermögenswerten (Aktiva; davon befinden sich 98,2% im Anlagevermögen) nach den Vorgaben der VRV 2015 seitens der Verwaltung erhoben. Die größten Posten finden sich bei

den Grundstücken, Gebäuden und Bauten. Im Anlagespiegel werden alle Positionen mit dem Datum der Inbetriebnahme (Beginn der Abschreibungen) und ihren (Rest-) Nutzungsdauern (Gebäude: 50 Jahre, Straßen: 33 Jahre, PV-Anlagen: 20 Jahre usw.) angeführt. Die Passiva weist Eigenkapital in der Höhe von 19,32 Mio. € und Fremdmittel in der Höhe von rund 5,1 Mio. € aus. Die Eigenkapitalquote liegt somit rechnerisch bei knapp 80%.

Der Saldo der Eröffnungsbilanz beträgt zum Bilanzstichtag rund 9,47 Mio. €. Zudem wurde eine Haushaltsrücklage in der Höhe von 9,67 Mio. € gebildet.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die vorliegende Eröffnungsbilanz zur Beschlussfassung zu bringen. Er dankt seinen Mitarbeitern für die umfassende Arbeit. Sie wurde in mehrmaligen Rücksprachen mit Experten des Landes und Gemeindereferenten erstellt und stellt ab sofort eine wichtige Entscheidungsgrundlage für die Zukunft dar.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich in der Beschlussfassung einstimmig für die vorgestellte Eröffnungsbilanz 2020 aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 6, Rechnungsabschluss 2020

GfGR Bonfert präsentiert im Anschluss den Rechnungsabschluss der Gemeinde (Stand: 31.12.2020) anhand von aussagekräftigen Grafiken (**siehe Anhang C**). Der Finanzierungshaushalt weist demnach rückläufige Einnahmen aus. Der Geldfluss aus der voranschlagswirksamen Gebarung ist positiv.

Für 2020 errechnet sich ein jährliches Haushaltspotential (aufbauend auf der Ergebnisrechnung) von 187.649,23 €. Im Vermögenshaushalt ergibt sich zum 31.12.2020 ein Endbestand (Summe Aktiva = Summe Passiva) von 24.581.642,93 €. Im Vorjahr mussten daher einige Vorhaben aufgrund der laufenden Unsicherheiten (sinkende Abgabenertragsanteile, Covid 19-Entwicklung usw.) zurückgestellt werden.

Zum Teil auch Covid 19-bedingt sind mit 31.12.2020 insgesamt 236.322,19 € an kurzfristigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (10.890,43 €) und aus Abgabeforderungen (225.431,76 €) zum Jahresende offengeblieben. Die dotierten Rücklagen für die Abwasserbeseitigungsanlage (ABA) Alland mit 49.984,78 € und für die Feuerwehren von 49.321,18 € blieben unangetastet. In Summe betrug der Rücklagenstand mit Ende 2020 somit 99.305,96 €.

Der Nachweis über die Finanzschulden und den Schuldendienst beziffert zum 31.12.2020 einen Buchwert von insgesamt 4.523.035,60 €, davon 3.062.647,49 € für marktbestimmte Betriebe (Wasserversorgungsanlage und ABA). Der Netto-Schuldendienst der Gemeinde belief sich im Jahr 2020 auf insgesamt 421.748,48 €. Die Gesamtsumme an kurzfristigen und langfristigen Rückstellungen betrug 288.224,43 €. NÖKAS- und Sozialhilfeumlagen blieben weitgehend stabil.

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2020 lag (gemäß § 83 Abs. 2 NÖ Gemeindeordnung 1973) in der Zeit vom 8. bis 22. März 2021 während der Amtsstunden (Journaldienstzeiten) im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme auf. Zudem erfolgte die öffentliche Kundmachung an der Amtstafel und auch auf der Webseite der Gemeinde. Ein PDF vom Rechnungsabschluss wurde im Vorfeld an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, als auch an allen Parteienvertreter zugeschickt.

Bürgermeister Köck teilt mit, dass innerhalb der Auflagefrist keine schriftlichen Stellungnahmen zum Entwurf des Rechnungsabschlusses 2020 eingelangt sind. Er dankt dem geschäftsführenden Gemeinderat sowie AL Fischer und KVV Sieder für ihre Bemühungen und stellt den Antrag den vorliegenden Rechnungsabschluss zu befürworten.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt den vorliegenden Rechnungsabschluss 2020 einstimmig.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 7,
WVA Alland, Ringschluss Groisbacher Straße – Buchberggasse und
Wasserleitungstausch Groisbacher Straße ON 37 - 378:**

Beim gegenständlichen Projekt handelt es sich um zwei voneinander getrennte Abschnitte in der Groisbacher Straße. Die Baukostenschätzung belief sich im Vorfeld der Planungen auf rund 127.000 € zuzügl. MwSt.

a) Honoraranbot über die Planerleistungen und Bauaufsicht

Der Leistungsumfang für die Grundlagenerhebung und Vorbesprechung, Entwurf, Einreichung, Details, Ausführungsunterlagen, Ausschreibung, förderliche Einreichung, Kollaudierungsunterlagen und Bestandsdokumentation sowie die örtliche Bauaufsicht summiert sich im vorliegenden Angebot von ZT-Büro Paikl, 2431 Kleinneusiedl, auf 13.890 € exkl. 20% MwSt. zuzüglich Nebenkosten (Fahrtspesen: 0,50 €/km; Vervielfältigungen pro Projektmappe: 50 €).

Berücksichtigt sind darin nun auch die korrigierte Baukostenschätzung laut dem vorliegenden Bestangebot (Fa. Swietelsky, siehe nachfolgend) sowie die Zusatzleistung für das notwendige Ansuchen um Sondernutzung von Landesstraßengrund (Straßenbauabteilung NÖ, StM Mödling; EVN Pottenstein).

Der Bürgermeister stellt den Antrag das vorliegende Angebot zu beschließen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Angebotsannahme aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

b) Ergebnis/Prüfbericht der Ausschreibung, WVA BA 06

Die Angebotsöffnung zur Umsetzung des Bauprojektes erfolgte am 3. März 2021 im Gemeindeamt. Die ursprüngliche Kostenschätzung von ZT-Büro Paikl wurde nur von einem Bieter unterboten, nämlich der Fa. Swietelsky aus Nussdorf mit 106.739,28 € exkl. MWSt. Weitere Anbieter waren: Fa. Granit aus Graz (226.349,20 € netto), Fa. Pittel+Brausewetter aus Wien (159.025,25 € netto) und die Fa. Porr, Enzenreith (155.923,45 € netto).

Der Bürgermeister stellt den Antrag das bereits geprüfte Bestangebot von der Fa. Swietelsky zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Annahme dieses Angebotes aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 8, Angebot Grundwassersanierung 2021, Hauptstraße 176

AL Fischer verweist auf ein seitens der Fa. Terra Umwelttechnik GmbH, 1230 Wien, eingelangtes Angebot in der Höhe von 35.546,40 € (inkl. 20% USt), zur Durchführung der auferlegten Sicherungsmaßnahmen (Grundwasserschutz etc.). In der letzten Niederschrift der BH Baden (Wasserrechtsbehörde), Fachgebiet Umweltrecht, vom 14. Jänner 2021 wurde auf Nachdruck der Sachverständigen ausdrücklich festgehalten, dass diese Maßnahmen auch im Jahr 2021 weiterzuführen sind. Selbst eine kurzzeitige Abschaltung der Sicherungspumpe (welche für die laufende Brunnenreinigung des kontaminierten Wassers vor dem Gemeindeamt in den mobilen Ölabscheider sorgt) sei nicht zulässig. Die Dauer dieser Sicherungsmaßnahmen hänge in erster Linie vom Reinigungserfolg des kontaminierten Erdreichs (laufende Probenahmen) ab und kann zum derzeitigen Zeitpunkt seitens der Experten noch nicht abgeschätzt werden. Laut der Fa. Umwelttechnik gibt es örtliche Beispiele, wo solche Maßnahmen gezwungenermaßen über mehrere Jahrzehnte laufen (müssen).

Seitens der Experten wird nach wie vor eine verbliebene Heizölmenge von ca. 700 Liter im Untergrund angenommen. Es sind zwischenzeitlich auch weitere Beprobungen (inkl. in der zu sanierenden Ordination) erfolgt. Ein weiterer Zwischenbericht für das 1. Halbjahr 2021 der BH Baden soll noch in der ersten Jahreshälfte übermittelt werden, danach ist wieder eine Besprechung gemeinsam mit den Experten der Wasserrechtsbehörde geplant.

Nachdem es 1997 beim Hochwasser schon Heizölaustritte von anderen Tanks im Umfeld des Gemeindeamts gegeben hat, ersuchte der Gemeindevorstand im Vorfeld der Gemeinderatssitzung um eine Aktualisierung des Angebots, auch in dieser Frage. Man hofft durch eine Altersbestimmung des Heizöls im Zuge der noch lagernden Rückstellproben auch Schlüsse auf die Erdreichbelastung aus früheren Zeiten gewinnen zu können. Des Weiteren soll auch ein längerfristiges Konzept mit möglichen Sicherungsvarianten erstellt werden (Lanzenspülungen mit Wasser oder Luft -> Aktivierung von Bakterien!).

Das am 9. März 2021 nach einem gemeinsamen Besichtigungstermin mit GfGR Martin Rapold übermittelte, aktualisierte Angebot seitens Fa. Kroneis (Sanierung Ordination Frau Dr. Grünwald) hat sich aufgrund zahlreicher zusätzlicher Aufgaben von zuletzt rund 84.000 € auf

123.459,71 € erhöht. Auch diese Mehrkosten seien im 1. Nachtragsvoranschlag 2021 zu berücksichtigen.

Die Rechtsvertretung der MG Alland hat inzwischen die Fa. Perl Holzer Rechtsanwälte GmbH aus 1030 Wien übernommen. Mit der gegnerischen Seite (MMM Heizöl) vertreten durch Onz, Onz, Kraemmer, Hüttler Rechtsanwälte GmbH aus 1010 Wien strebt man laut Bürgermeister Köck eine Einmalzahlung an. Eine Abgeltung der Langzeitfolgen (Sicherungsmaßnahmen) wird es aus derzeitiger Sicht nicht geben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag das vorliegende Angebot der Fa. Terra Umwelttechnik GmbH in der Höhe von 35.546,40 € (inkl. 20% USt) zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Angebotsannahme aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 9, Ankauf Salzsilo (Winterdienst) gemeinsam mit der Gemeinde Heiligenkreuz

Bürgermeister Köck berichtet, dass kein Salz mehr von der Lagerstelle ASFINAG Alland in der Klausenstraße bezogen werden darf. Nachdem auch die Gemeinde Heiligenkreuz davon betroffen ist, würde man sich im Falle einer Anschaffung seitens der Marktgemeinde Alland mit 25% an den Gesamtkosten beteiligen. Grundlage dieses Schlüssels ist laut Amtsleiter Fischer der Jahresverbrauch der letzten 5 Jahre. Heiligenkreuz benötigte durchschnittlich 35 Tonnen Streusalz pro Saison, der Jahresverbrauch von Alland lag bei etwa 140 Tonnen. Die Umstellung auf Streusalz im Jahr 2009 war vor allem auf die gestiegenen Kosten (Entsorgung, Kehrungen, Staubbelastung von Sand etc.) und die bessere Effizienz (schnellere und dauerhaftere Wirkung) zurückzuführen.

Zur anstehenden Anschaffung liegen insgesamt drei Angebote für Streusalzlagertanks in Holzbauweise vor. Die zuvor erfolgte Prüfung von billigeren Plastiktanks wurde aufgrund der festgestellten Nachteile (Klumpenbildung etc.) wieder verworfen. Der Bruttopreis für das günstigste Produkt der Firma List Salzhandel GmbH aus 5400 Hallein mit 35 m³ Fassungsvermögen beträgt 43.188,00 € brutto (ohne bauliche Maßnahmen!). Weitere Angebote mit vergleichbaren Produkten liegen von der Fa. Weisser Wintermaschinen GmbH aus 6363 Westendorf (51.792,00 € brutto) sowie von Fa. Obermayr Holzkonstruktionen GesmbH, 4690 Schwanenstadt (65.218,80 € brutto) vor.

Mit der Gemeinde Heiligenkreuz sei man sich auch ein, sich die jährliche Wartungspauschale (Festziehen von Bändern etc.) zu teilen und eine dementsprechende Standortsgebühr zu verrechnen. Die Aufstellung soll am neuen Bauhofgelände in der Klausenstraße erfolgen. Die Lieferzeit wird in den Angeboten mit 16 bis 28 Wochen angegeben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die Anschaffung des Streusalzlagertanks der Fa. List Salzhandel in der Höhe von 43.188,00 € brutto sowie die hierfür notwendigen baulichen Maßnahmen zu genehmigen. Eine diesbezügliche Kostenschätzung sei im Vorfeld dem Gemeindevorstand vorzulegen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Angebotsannahme aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 10,
Antrag auf die Veranlassung der grundbücherlichen
Durchführung nach den Sonderbestimmungen gemäß §§ 15 ff
des Liegenschaftsteilungsgesetzes (LiegTeilG), GSt. 412/2, 532;
KG Alland, Teilungsplan GZ. 8727/16, Dipl.-Ing. Helmut Frosch**

Laut den gegenständlichen Unterlagen sind im Zuge einer Grenzverhandlung (19.12.2016) neue Grenzen in der Natur festgestellt worden. Die neuen Trennstücke sollen nun über Antrag an das Vermessungsamt Baden beim zuständigen Bezirksgericht grundbücherlich nach den Sonderbestimmungen gemäß §§ 15 ff des LiegTeilG berichtigt werden.

Der Bürgermeister stellt dazu den vorliegenden Teilungsplan vor. In Summe wären demnach 76 m² Flächenverluste dem Liegenschaftseigentümer Petko Delic im Rahmen des bereits durchgeführten Hochwasserschutzes abzugelten. In mehreren Gesprächen einigte man sich auf einen einmaligen Entschädigungsbetrag von 2.500 €.

Der Bürgermeister stellt den Antrag diese Zahlung in Form einer Abgabengutschrift beauftragen zu können.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die grundbücherliche Durchführung und Bereinigung dieser Grenzangelegenheiten aus. Der Gesamtbetrag von 2.500 € wird bewilligt. Herr Delic soll die restlichen, offenen Abgabenschuldigkeiten von rund 1.300 € so rasch als möglich begleichen.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 11,
Antrag auf Beurkundung gemäß § 13 LiegTeilG, Änderung
der Grundstücksgrenzen, GSt. 407/6, 527; KG Alland,
Teilungsplan GZ. 41815, Vermessung Schubert ZT GmbH**

Der Bürgermeister berichtet von einer weiteren Grenzverhandlung gemeinsam mit dem Vermessungsbüro Schubert ZT GmbH in der Feldgasse (GZ: 41815), KG Alland. Die Eigentümer der Grundstücke 407/6, Dr. Klaus Perl und Emmerich Perl, ersuchten daraufhin die Gemeinde (GSt. 527, öffentliche Verkehrsfläche) zwecks Begradigung des Grenzverlaufes beim Grundbuch korrigieren zu lassen. Netto würden 4 m² mehr zur Verkehrsfläche gehen. Nachdem es hier um geringwertige Trennstücke geht, stellte das Vermessungsbüro einen Antrag gem. § 13

des LiegTeilG. Neben einem Bescheid (Teilung in Bauland) soll dazu auch ein Gemeinderatsbeschluss gefasst werden. Entschädigungsleistungen müssten hierfür keine bezahlt werden.

Der Gemeinderat steht auch diesem Antrag positiv gegenüber. Der Bürgermeister stellt den Antrag diese Angelegenheit dem Vermessungsamt übergeben zu dürfen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die oben beantragte Begradigung des Grenzverlaufes aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 12,
Ankauf einer Transporter-Pritsche**

Der Vorsitzende schildert, dass die Transporter-Pritsche der Gemeinde schon wieder kaputt war. Nach einem aktuellen Statusbericht (Reparaturkosten von über 1.900 €; km-Stand ca. 230.000, Anschaffungsjahr 2005) und den anstehenden Preiserhöhungen (auch Nova) stellt er einen Neukauf zur Diskussion. Dazu liege ein Angebot über ein kurzfristig verfügbares Fahrzeug der Fa. VW Berger aus 2500 Baden vor.

GfGR Bonfert hat dazu weitere Vergleichsangebote (mit Bruttopreisen zwischen 38.000 und 40.000 €) eingeholt. Die hierbei angefragten Lieferzeiten reichen bei sofortiger Bestellung bis in den August hinein.

Das seitens VW Berger angebotene Fahrzeug könnte aufgrund seiner Ausstattung (Doppelkabine, Allrad, keine Differentialsperre) auch zur Überbrückung der Schulbusfahrten bis zum Eintreffen dieses Fahrzeuges im Juni 2021 eingesetzt werden.

Der Bürgermeister stellt den Antrag das verfügbare Fahrzeug bei der Fa. Berger bestellen zu können.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich nach kurzer Beratung einstimmig für den Ankauf der Transporter-Pritsche aus. Die Pritsche zum verhandelten Bruttopreis von 36.290 € (brutto) soll zu 100% der WVA (Vorsteuerabzug!) zugerechnet werden.

Weiters wird auf Nachfrage von GfGR Hofstätter an dieser Stelle festgehalten, dass die Veräußerung der alten Fahrzeuge (Schulbus und Pritsche) im Vorfeld öffentlich bekannt gemacht werden muss.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 13, Mietvertragsverlängerung, Gruberweg 165/3

Der Mietvertrag von Monika und Josef Westymayer endet laut Amtsleiter Fischer am 31.05.2021. Dies wurde der Familie am 26. Jänner 2021 schriftlich mitgeteilt. Der Mietvertrag für die oben angeführte Wohnadresse kann nun um weitere 3 Jahre verlängert werden. Der seitens der Hausverwaltung vorgeschlagene Termin der neuerlichen Befristung bis 31. Mai 2024 wurde am 5. Februar 2021 seitens der Mieter bereits schriftlich befürwortet.

Der Bürgermeister stellt den Antrag die Mietverlängerung bis Ende Mai 2024 zu genehmigen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die Verlängerung des gegenständlichen Vertrages bis 31. Mai 2024 aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 14, Insolvenz ALLBA Bauunternehmung GmbH, Hauptstraße 115/Top 1, und mögliche Neuvermietung

Bürgermeister Köck informiert über die bekannt gemachte Insolvenz des Bauunternehmens und die privaten Schicksalsschläge der Familie Loibnegger. Als Passiva wurden seitens des Alpenländischen Kreditorenverbands (akv) 415.000 € ausgewiesen. Die Vertragsauflösung des Mietobjekts in der Hauptstraße 115 wurde mit 28. Februar 2021 festgelegt. Bis zum Dezember 2020 wurden alle offenen Forderungen der MG Alland beglichen.

Das vor Ort befindliche Inventar der Fa. Allba Bauunternehmen GmbH ist zwischenzeitlich von einer Firma aus 8954 Mitterberg-St. Martin (Fa. Petutschnig) erworben worden.

Am 12. März 2021 hat es eine „Vorabbesichtigung“ der Objekträumlichkeiten mit der Hausverwaltung (Dr. Langeder Immobilien) gegeben. Hier wurden keine Schäden oder Mängel am Mietobjekt festgestellt. Eine Übernahme war, aufgrund des noch vor Ort befindlichen Inventars, nicht möglich.

Amtsleiter Fischer bringt im Anschluss daran, das nunmehrige Ansuchen von Ing. August Petutschnig, der als Geschäftsführer Interesse an einer Weitermietung des frei werdenden Objektes hat, zur Verlesung. Firmenintern verfolge man die Strategie den Geschäftsbereich in Wien und Niederösterreich zu erweitern. Neben der Büromiete müssten hier aber auch laufende Investitionen kalkuliert werden.

Im Budgetplan der Firma Petutschnig wurden daher 800,00 € für die Bürokosten (exkl. der Betriebskosten) kalkuliert. Die Anzahl der Beschäftigten sollte demnach um mindestens 10 Personen steigen, wodurch sich die Gemeindeabgaben nach Einschätzung von GF Petutschnig um ca. 2.000,00 € erhöhen werden.

Die Mitglieder des Gemeinderates unterstützen nach der weiteren Beratung die bereits kommunizierten Vorgaben des Gemeindevorstandes vom 9. März 2021, welche lauteten:

- a) Miete 1000 € + Betriebskosten
- b) Ausschließliche Büronutzung (keine Übernachtungen)
- c) 2 Stellplätze sind inkludiert
- d) Kautions von 3 Monatsmieten
- e) Langfristiger Mietvertrag mit einjähriger Kündigungsmöglichkeit

Falls der neue Mietinteressent diesen Vorgaben zustimme, soll ein entsprechender Vertrag seitens der Hausverwaltung erstellt und umgehend zur Unterfertigung vorgelegt werden. Im anderen Fall soll die Hausverwaltung beauftragt werden, die frei werdende Büroräumlichkeit umgehend zu bewerben.

Der Bürgermeister stellt den Antrag einen diesbezüglichen Beschluss zu fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die oben bekundete Vorgehensweise aus. Im Falle einer Absage soll die Hausverwaltung das Objekt (Büronutzung) schnellstmöglich bewerben. Aufgrund der erst vor kurzem erfolgten Sanierung spricht man sich für zumindest 1.000 € Monatsmiete plus Betriebskosten und zwei Stellplätzen aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

**Tagesordnungspunkt 15,
Weitere Stundung von Mietzahlungen, FF Maria Raisenmarkt**

Bürgermeister Köck verweist auf diesbezügliche Anfragen seitens des FF-Kommandanten Ing. Gregor Burger und seines Stellvertreters. Zuletzt wurde seitens des Gemeinderates (am 22.09.2020, TOP 10) eine Stundung der Mietzahlungen von Juni 2020 bis Dezember 2020 gewährt. Insgesamt sind für diesem Zeitraum 5.745,46 € offen. Nachdem auch seit Jahresbeginn keine Miete bezahlt werden konnte, sind diesem Betrag noch die monatlichen Mietkosten (von 820,27 €) seit Jahresbeginn 2021 hinzuzurechnen. Die Feuerwehr Maria Raisenmarkt ersucht um eine Verlängerung der Stundungsvereinbarung bis Ende des Jahres.

In der anschließenden Diskussion erinnert GR DI Erwin Dollensky an die Baukostenüberschreitungen beim FF-Hausbau in Maria Raisenmarkt, zudem wurde erst kürzlich ein neues MTFA angekauft. Der Vizebürgermeister stellt daraufhin klar, dass die Covid 19-bedingten Einnahmefälle (keine Feste usw.) derzeit nicht kompensiert werden können. Selbstverständlich sei man gewillt, die offenen Außenstände so schnell als möglich der Gemeinde wieder zurückzuzahlen.

Der Bürgermeister stellt den Antrag das Ansuchen bis 31. Dezember 2021 zu verlängern.

Beschluss:

Der Gemeinderat spricht sich einstimmig für die gegenständliche Verlängerung der Stundungsvereinbarung bis zum Jahresende aus.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 16, Annahme „Gemeinde.Umwelt.Bericht“ 2020

Umweltgemeinderätin Mag. Andrea Mayer stellt abschließend den neuen „Gemeinde.Umwelt.Bericht“ vor. Es gebe trotz vieler bereits verwirklichter Projekte (PV-Anlagen, neue Pelletheizung im Amt usw.) noch „viel Luft nach oben“. Vor allem die Öffentlichkeitsarbeit und bewusstseinsbildende Maßnahmen könnten rasch verbessert werden. Beratungsangebote und Vernetzungstreffen (über Zoom etc.) sollten besser genutzt werden.

Mit dem vorliegenden Bericht, welcher mit Unterstützung von Stefan Fürst und Amtsleiter erstellt wurde, kommt die Marktgemeinde Alland den Verpflichtungen des NÖ Umweltschutzgesetzes nach, wonach dem Gemeinderat über die gegenständliche Situation im Umweltbereich regelmäßig zu berichten sei. Die Gemeinderätin hat Auszüge daraus auch in einem Handout (**siehe Anlage D**) zusammengefasst.

Der Gemeinderat nimmt den vorliegenden Umweltbericht 2020 einstimmig zur Kenntnis.

ÖVP	dafür	11	dagegen	0
SPÖUBA	dafür	6	dagegen	0
ALL	dafür	1	dagegen	0

Tagesordnungspunkt 17, Bericht des Bürgermeisters

Der Vorsitzende verweist auf die wöchentlichen Dauertests im Gemeindeamt und erteilt hierzu dem federführenden Organisator, GR Ing. Leopold Schagl, das Wort. Am aktuellen, vor der Gemeinderatssitzung veranstalteten 5. Tag der Testung waren zwischen 17 und 19 Uhr insgesamt 176 Personen testen. Die wöchentliche Teststraße (jeden Dienstag) werde zunehmend stärker frequentiert. Seitens der Bevölkerung und Geschäftsleute freut man sich über dieses Angebot. Über Neuerungen und Verbesserungen tauscht man sich wöchentlich mit Notruf NÖ und der BH Baden (BGM-Konferenzen, Video-Zoom) aus.

Der Bürgermeister verweist im Anschluss auf die bevorstehende Kindergartenerhebung seitens des Amtes der NÖ Landesregierung. Nach Rücksprache mit der Kindergartenleiterin Barbara Steiner nehmen die Anmeldungen seit dem Jahr 2015 tendenziell zu. Für das nächste Kindergartenjahr haben sich bereits 86 Kinder einschreiben lassen. Die hochgerechnete „theoretische Kinderzahl“ für das Jahr 2023 beträgt (aufgrund der vorliegenden Geburtenmeldungen ohne weiteren Zuzug!) bereits 94 Kinder. Zudem gebe es noch rege Bautätigkeit in Alland mit rund 60 neuen Wohneinheiten mit absehbarer Fertigstellung. Damit werde es erfahrungsgemäß auch zur weiteren Ansiedelung von Familien mit Kindern kommen. Ab dem Kindergartenjahr 2021/2022 sei es daher wichtig, eine dauerhafte Einrichtung für eine fünfte Kindergartengruppe im Landeskindergarten von Alland anbieten zu können. Im Rahmen der Erhebung sollen am 30. März 2021 vor Ort auch die bauliche Situation bzw. die dafür noch notwendigen Infrastrukturmaßnahmen (Schaffung von Sanitäranlagen, Personalräumen, Garderoben usw.) überprüft werden. Der zuletzt erfolgte Umbau des Multifunktionsraumes sei in diesem Blickfeld schon eine sinnvolle, vorausschauende Investition gewesen. Festgehalten wird zu diesem Thema auch, dass es auch immer mehr Betreuungswünsche von Erziehungsberechtigten für ein- bis zweieinhalbjährige Kinder gibt.

Danach erteilt der Bürgermeister dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses GR Ing. Karl Weintögl das Wort. In den letzten drei Sitzungen befasste sich der Ausschuss in erster Linie mit dem Lärmschutz für Alland.

Das Projekt Forsthaus Weissenweg sei auf Schiene. Für die Projektierung Leinwandbleiche habe die ASFINAG die bestehende Lärmschutzwand (LSW) samt Erhaltungskosten bereits in ihren Bestand übernommen. Zum Projekt Hochgasse liegen dem Verkehrsausschuss zurzeit konkrete Projektpläne seitens der ASFINAG vor, die eine Neuerrichtung der Lärmschutzwand direkt neben der Fahrbahn mit bis zu 8 m Höhe und eine Verlängerung der Wand bis nach der Anschlussstelle Mayerling vorsieht. Nach einer Kalkulation würde für die MG Alland, im Falle der vertraglichen Umsetzung, ein Betrag von rund 450.000 € zukommen. Entgegen der ersten Aussagen seitens der ASFINAG hat sich der Anteil für die Gemeinde Alland von ursprünglich 44% an den Gesamtkosten auf 23,3% reduziert. Das Projekt soll nach Dafürhalten des Verkehrsausschusses nach Zusicherung der Finanzierung schon im Zeitraum 2023 bis 2024 umgesetzt werden. GR Weintögl regt daher an, schon jetzt mit den Förderstellen des Bundes (Covid-Milliarde) bzw. des Landes in Verhandlung zu treten.

Zum Projekt Trinkwasserplan berichtet der Bürgermeister von der geplanten Fertigstellung bis Herbst dieses Jahres. Im März wurde auch eine schriftliche Anfrage an mehr als 75 Hausbrunnen-Besitzer gestellt, um einerseits eine kostenlose Kontrollmöglichkeit hinsichtlich bakteriologischer Zusammensetzung und Nitratbelastung des Trinkwassers zu eröffnen bzw. andererseits die betreffenden Quellen auch digital im Plan mit den wichtigsten Kenndaten zu erfassen.

Zum anstehenden Lückenschluss-Projekt Radweg Mayerling-Sattelbach schildert der Bürgermeister das Zeitfenster der anvisierten Schlägerungsarbeiten zwecks Herstellung der Trasse. Geplant sind diese von 13. bis 18. April 2021 zwischen 8 und 12 Uhr sowie 13 und 15.30 Uhr. Ein entsprechendes §90-Ansuchen nach der StVO 1960 für eine Straßensperre sei bereits in Vorbereitung. Die Linienbusse seien von der Straßensperre nicht betroffen. Die Angebotsöffnung zur ARGE „Radweg – Lückenschluss Helenentalradweg“, Gemeinde Heiligenkreuz – Marktgemeinde Alland (Ausschreibung, nicht offenes Verfahren), ist für 31. März 2021 im Gemeindeamt geplant.

GR Dollensky fragt nach, welche Aufträge betreffend Neubau der Neuen Mittelschule von Alland bereits anhängig seien. Der Vorsitzende verweist auf die Verhandlung vom 3. Februar 2021 unter der Leitung des Amtes der NÖ Landesregierung (Mag. Yvonne Friedrich-Koizar). Die Mittelschulgemeinde Alland hat mit Schreiben vom 21. Jänner 2021 bei der Abteilung Schulen um Feststellung des Raumbedarfes und der Eignung der Liegenschaft für den Neubau der NÖ Mittelschule Alland angesucht. Nach Durchführung eines Lokalausgleichs wurde festgestellt, dass aufgrund der Geburtenzahlen in den kommenden Jahren voraussichtlich eine 8-klassige Führung notwendig sein wird. In Abstimmung mit der Fa. Kosaplaner GmbH soll nun ein Neubau auf der bestehenden Liegenschaft (GSt.Nr. 176/1) mit Erweiterung auf zwei angrenzenden Grundstücken (Nr. 183/2 und 183/3, westlich der Schulliegenschaft), jeweils KG Alland, dementsprechend weiter projektiert werden. Bis dato seien hierfür nicht mehr als 10.000 € für die laufenden Vorarbeiten ausgegeben worden. Sämtliche Auftragsverhältnisse werden vor der Vergabe auch immer klar abgegrenzt.

Ziel sei es, das gemeindeübergreifende Verbandsprojekt, erst nach der fertigen Abstimmung in den Gremien beim Land einzureichen und schon vorab die Finanzierung abzuklären. Der Finanzierungsbedarf wurde von den Sachverständigen auf rund 7,3 Mio. bis 8 Mio. € netto (rund 900.000 € für die Einrichtung) geschätzt, seitens des Landes wurde ein Fördersatz von rund 25 bis 27% (max. für 15 Jahre) in Aussicht gestellt.

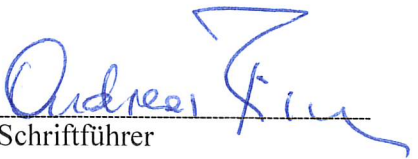
Sitzungsprotokoll: Gemeinderat am 23.03.2021

Der Bürgermeister dankt abschließend allen für die konstruktive Zusammenarbeit und ersucht abschließend um die noch fehlenden Unterschriftenleistungen zum TOP 6 und 13. Daraufhin schließt der Vorsitzende die öffentliche Sitzung.


Sitzungsende: 21:55 Uhr

Das Sitzungsprotokoll mit allen öffentlichen Tagesordnungspunkten wurde in der Sitzung am 22. Juni 2021 genehmigt.


Bürgermeister


Schriftführer


Gemeinderat ÖVP


Gemeinderat SPÖUBA


Gemeinderat ALL